

Vom Neoliberalismus im Allgemeinen und in Frankreich im Besonderen

In diesen Zeiten der Finanzkrise haben die obersten Währungsbehörden ihr Credo wunderschön in Erinnerung gerufen: Flexibilität der Märkte und freier Wettbewerb.¹ Das allein reicht aber nicht mehr.² Sogar die Liberalen zweifeln. Geht das aktuelle Debakel nicht gerade auf die Deregulierungspolitik zurück? Oder sind es die zu enthusiastischen Anleger, die den Liberalismus in Verruf gebracht haben? Interessanterweise stehen gerade solche Fragen bei der Entstehung des Neoliberalismus vor genau 70 Jahren im Zentrum. Eine kleine, aus führenden Klassen stammende Gruppe unternimmt damals den Versuch, den – durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 diskreditierten – Liberalismus zu erneuern. Ökonomen, Unternehmensführer und staatliche Führungskräfte konstituieren einen neuen Liberalismus, in dem sie einen ›dritten Weg‹ sehen zwischen der niedergehenden Laissez-faire-Politik einerseits und der Planwirtschaft, die sie als Nährboden für den Sozialismus verstehen, andererseits. Angesichts des Ausbaus der behördlichen Macht propagieren sie den Aufbau eines Staates, der das freie Funktionieren von Wettbewerbsmechanismen sicherstellt. Aus dieser kollektiven Aktion entstehen Organisationen wie das Centre international d'études pour la rénovation du libéralisme, das 1939 in Paris eröffnet wird, und die Mont Pèlerin Society, die seit 1947 alle Jahre Akademiker, Politiker und Wirtschaftsvertreter versammelt.³

Diese Erneuerer des Liberalismus bezeichnen sich ursprünglich mit dem Adjektiv ›neoliberal, das inzwischen zum grossen Teil negativ konnotiert ist. Der Begriff verweist heute zugleich auf 1. eine Politik, 2. eine Ideologie und 3. einen Wandel der Wirtschaftsform. 1. Als Politik erinnert er an die Deregulierungs- und Privatisierungswellen, die seit Ende der 1970er-Jahre betrieben werden. Man denkt an Thatcher, Reagan, Berlusconi, Bush usw. 2. Als Ideologie rekuriert der Neoliberalismus auf intellektuelle Figuren wie beispielsweise Friedrich August von Hayek

oder Milton Friedman und ihre Unterhändler. Besonders auf ihre Think Tanks wird Bezug genommen, diese Denkfabriken, die Medien und politische Führungskräfte mit schlüsselfertig gelieferten politischen Rezepten überhäufen.

François Denord

ist Soziologe am Centre de sociologie européenne, CNRS, in Paris. Seine letzte Veröffentlichung: *Néo-libéralisme version française. Histoire d'une idéologie politique*. Paris 2007

3. Als Wirtschaftsform verweist der Neoliberalismus auf die Ära der Globalisierung: Man assoziiert ihn mit dem Übergang von einem industriellen und nationalen Kapitalismus zu einem finanziarisierten und globalen Kapitalismus. Die Ausdrücke ›neoliberale Politik‹, ›neoliberale Ideologie‹ und ›neoliberale Wirtschaftsform‹ sind so selbstverständlich, dass gar nicht (mehr) danach gefragt wird, was am Neoliberalismus neu ist. Vor allem bei seinen Kritikern floriert eine Reihe von Gemeinplätzen.

Der erste Gemeinplatz: Der Neoliberalismus stelle eine Wirtschaftstheorie dar. Nichts ist unwahrer. Neoliberale Ökonomen können unterschiedlichen Schulen angehören. Dazu ist der Neoliberalismus nicht nur eine Sache von Ökonomen; neben ihnen beteiligen sich an seiner Erschaffung auch Unternehmensführer und staatliche Führungskräfte. Der Neoliberalismus gleicht eher einer politischen Ideologie: Sein Gegenstand ist das Vorherrschen einer Marktwirtschaft. Sein Feind ist der Sozialismus in all seinen Formen.

Der zweite Gemeinplatz: Der Neoliberalismus kennzeichne sich durch einen starren und klar umrissenen ideologischen Rahmen. Das neoliberale Projekt hat sicherlich eine Kohärenz: die institutionellen Bedingungen einer liberalen Gesellschaft schaffen, den staatlichen Handlungsspielraum einschränken, neue Räume für Wettbewerbsmechanismen öffnen und kompromisslos das freie Unternehmertum verteidigen. Jenseits dieser vier politischen Eckpunkte ist der intellektuelle Rahmen aber weniger deutlich, da er Gruppen mit sehr unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen wirtschaftlichen Auffassungen umfasst. Der Neoliberalismus ist auch eine Weltsicht, die sich mit und gegen die wirtschaftlich und politisch konkurrierenden Lehrmeinungen konstruiert. Nicht nur erhalten die Ideen mit dem Wandel der materiellen und intellektuellen Kräfteverhältnisse eine neue Bedeutung, sie können auch von anderen Akteuren vertreten werden und mit einem anderen Label versehen sein.

Der dritte Gemeinplatz: Der Neoliberalismus komme erst zur Ruhe, wenn er den Staat zerstört habe. Bestimmte Liberale sprechen einem Minimalstaat das Wort. Andere verteidigen einen starken staatlichen Interventionismus. Der Neoliberalismus an sich ist nicht anti-etatistisch. Er zielt vor allem darauf ab, die behördliche Intervention umzulenken, in dem er den Staat in den Dienst des Marktes und des Wettbewerbs stellt. Mit anderen Worten: Die Erneuerer des Liberalismus haben dem Maximalismus und der Chimäre einer staatslosen Gesellschaft den Rücken gekehrt. Ihre Schöpfung ist eher eine Kunst der staatlichen Führung als eine Utopie.⁴

Die Ursprünge des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus entsteht in der einzigartigen ideologischen und institutionellen Konfiguration der Zwischenkriegszeit: Erster Weltkrieg, bolschewistische Revolution, Aufkommen des Faschismus, Weltwirtschaftskrise, Aufstieg des Nazismus, dann der New Deal, die Volksfront und schliesslich der zweite Weltkrieg: Von 1914 bis 1945 durchschreitet der Kapitalismus eine noch nie da gewesene Krise. Das 19. Jahrhundert hat das Gleichgewicht der Nationen, die Herrschaft des Goldstandards und den Triumph des liberalen Staates gebracht.⁵ Dieses Modell kommt in nur drei Jahrzehnten ins Schwanken. Der Wiederaufbau in den 1920er-Jahren lässt das Wirtschaftswachstum nochmals ansteigen, bevor der Kapitalismus dauerhaft in eine Depression stürzte. Das Misstrauen gegenüber der Laissez-faire-Politik, das Bedürfnis nach Regeln und einer organisierten staatlichen Intervention gewinnen gegenüber dem liberalen Credo, dem die Schuld für die Krise gegeben wird, zunehmend die Oberhand. Diese ›grosse Transformation‹, wie es Karl Polanyi genannt hat, und das wirtschaftliche, soziale und politische Chaos, die sie antrieben, haben die Zwischenkriegszeit zu einer der intellektuell stimulierendsten Perioden des 20. Jahrhunderts gemacht.

Selten ist die Frage nach dem richtigen Verhältnis von Staat und Wirtschaft derart intensiv diskutiert worden. Vor dem Hintergrund der Einrichtung neuer Regulationsformen (der Faschismus oder der Stalinismus zum Beispiel) und der Diskreditierung der Laissez-faire-Politik entwickeln sich zahlreiche Diskurse mit synkretischem oder revolutionärem Anspruch. Zwei Vorgänge begünstigen sich gegenseitig: Die Wiederaufwertung der wirtschaftlichen Rolle des Staates in den politischen Debatten und die Schaffung neuer Dispositive staatlicher Intervention in das Wirtschaftsgeschehen. Überall fordert man, dass der Staat die wirtschaftliche Aktivität stärker steuern und die Suche nach Profit hinter sozialen und politischen Imperativen verschwinden soll. Das sowjetische Modell ist selbstverständlich in allen Köpfen. Aber auch die von Roosevelt regierten Vereinigten Staaten lassen ihre Wirtschaft auf zahlreichen Regulationsbehörden ruhen. Sogar Frankreich versieht sich während der Volksfront mit einem Ministerium für Volkswirtschaft.⁶ Zur gleichen Zeit werden autoritäre Regierungsformen eines neuen Typs sichtbar – das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien oder die stalinistische UdSSR –, zwischen denen die Liberalen schnell eine Parallele herstellen. In ihren Augen scheint die Gesamtheit der westlichen Zivilisation vom ›Totalitarismus‹ bedroht zu sein.

Ende der 1930er-Jahre kommt in den herrschenden Klassen eine Endzeitstimmung auf: Die kosmopolitische intellektuelle Bourgeoisie sieht

die Welt der ›Gesellschaft freier Menschen‹⁷ zusammenbrechen, die Industrie-Bourgeoisie ihre Macht mehr oder weniger gewaltsam in Frage gestellt (zum Beispiel während der Volksfront), die Finanz-Bourgeoisie das Gleichgewicht der Nationen schwinden. Kurz, das Modell des Völkerbundes in seinen politischen und wirtschaftlichen Dimensionen löst sich auf. Der Ökonom Pierre Dieterlen scheint dies richtig gesehen zu haben, wenn er die Geburt des Neoliberalismus retrospektiv mit einem Phänomen der kollektiven Angst in Verbindung bringt. »Die Aktualität legitimierte diese Angst: Durch die Sudetenfrage auf die Spitze getriebene internationale Spannungen (...), die Folgen der grossen Depression und die noch wachen Erinnerungen an sie; (...) die Theorien der säkularen Stagnation, die sich ihren Weg ebneten; die durch die Erfahrung Roosevelt provozierte Beunruhigung, die sich noch nicht zur bequemen Strenge gemausert hat (...). Um die Wahrheit zu sagen, der Liberalismus hatte ein schlechtes Gewissen.«⁸

Aus welchen Ländern sie auch immer stammen, die Erneuerer des Liberalismus streben danach, die Welt der Belle Epoque wieder zu finden, die Welt vor 1914. Sie wollen einerseits genau verstehen, weshalb diese Welt zusammengebrochen ist, und andererseits die Verantwortung des Liberalismus darin positionieren. Das ist das Thema des Symposiums Walter Lippmann, einer internationalen Versammlung, die vom 26. bis 30. August 1938 in den Räumlichkeiten des Institut international de coopération intellectuelle in Paris stattfindet, der Vorgängerinstitution der Unesco. Vier Monate nach dem Anschluss von Österreich an das Deutsche Reich und einen Monat vor der Unterzeichnung der Münchner Verträge hat diese geschlossene Gesellschaft von Intellektuellen, die vom Liberalismus eingenommen sind, etwas Einzigartiges. Der Tod des Liberalismus und das Zerschlagen der Kultur des 19. Jahrhunderts sind schon etliche Male verkündet worden. Selbst Liberale sind sich einig, dass die Laissez-faire-Politik am Ende ist. »Wir stossen uns an einer brutalen Tatsache«, erklärt der US-Journalist Walter Lippmann in seiner Eröffnungsrede, »das Jahrhundert des Fortschritts hin zur Demokratie, hin zum Individualismus, hin zur wirtschaftlichen Freiheit, hin zum wissenschaftlichen Positivismus wurde durch eine Ära des Krieges, der Revolution und der Reaktion beendet.«⁹

Rückblickend betrachtet sieht man, dass Lippmann dabei auf die Hilfe der prestigeträchtigsten Persönlichkeiten zählen kann. Einflussreiche Wirtschaftsführer sind auf dem Symposium zu finden neben Intellektuellen, denen eine brillante Zukunft versprochen ist, grosse Staatsdiener stehen in Kontakt mit den am meisten ausgezeichneten Vertretern der liberalen Denkschule. Unter den 26 Teilnehmern befinden sich ein an-

gehender Wirtschaftsnobelpreisträger¹⁰ (Hayek), ein angehender Professor am Collège de France (Raymond Aron), ein angehender Leiter der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Robert Marjolin), zwei angehende Architekten der deutschen ›sozialen Marktwirtschaft‹ (Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow), ein angehender Finanzberater von General de Gaulle (Jacques Rueff) und sogar ein angehender Werbefachmann des Projektes Krieg der Sterne von Ronald Reagan (Stefan Possony). Anlass der Konferenz ist die französische Übersetzung des in den Vereinigten Staaten erfolgreichen Essays ›The Good Society‹¹¹ des amerikanischen Journalisten und Soziologen Walter Lippmann. Der Aufsatz ist 1937 ein Vorläuferwerk, auch wenn er a posteriori als politisch-journalistischer Essay klassischer Ausarbeitung erscheint. Er bringt die Anprangerung ›totalitärer‹ Regimes, die sich in den Augen von Lippmann dadurch auszeichnen, dass sie die Diktatur eines Chefs oder einer Partei hochhalten, mit der Kritik an der Laissez-faire-Politik zusammen. Die Laissez-faire-Politik habe zwar – so Lippmann – die Grösse des 19. Jahrhunderts ausgemacht, sei inzwischen aber »eine liebedienerische und selbstgefällige Verteidigung der herrschenden Klasse«¹² geworden. Diesem verengten Liberalismus, der sich mit der industriellen Konzentration und der Herrschaft der Privilegien zufrieden gibt, stellt Walter Lippmann einen erneuerten Liberalismus entgegen. Ein zentraler Stellenwert kommt darin dem Gesetz zu. Das Gesetz soll gemäss Lippmann nicht nur das Festlegen der individuellen Rechte und Pflichten sicherstellen, sondern auch den Aufbau des Marktes und die Regeln seines Funktionierens. Der Markt, der Kapitalismus und das Privateigentum sind in den Augen von Lippmann keine Naturerzeugnisse. Es sind historische Konstrukte, die nur deshalb existieren, weil es ihnen ein institutioneller Rahmen erlaubt. Daraus folgt, dass der Gesetzgeber rückgängig machen kann, was er gebaut hat, und dass der Staat den Wettbewerb herstellen muss, wenn er nicht von selbst funktioniert, indem er aktiv Monopole bekämpft oder den Status von Aktiengesellschaften reformiert. Der liberale Staat hat also keine geringe wirtschaftliche Funktion. Ihm kommt zu, über Eigentumsgesetze, Verträge, Verbände und Patente den legalen Rahmen zu bestimmen, der das freie Unternehmertum sicherstellt. Die Lehre von Lippmann rehabilitiert so die staatliche Aktion im Kleid eines rechtlichen Interventionismus' und einer Wettbewerbspolitik.

Die Thesen des US-amerikanischen Journalisten werden unter den Teilnehmenden an der Konferenz von 1938 nicht einhellig geteilt. Im Wesentlichen sind zwei Gruppen zu unterscheiden. Auf der einen Seite stehen »diejenigen, für die der Neoliberalismus sich von Grund auf – in

seinem Geist und seinem Programm – vom traditionellen Liberalismus unterscheidet«¹³. Auf der anderen Seite finden sich die Anhänger des ›alten Liberalismus‹, den beispielsweise die Sprecher der österreichischen Schule Ludwig von Mises und Hayek verkörpern. Obwohl die Kongressteilnehmer noch kaum zerstritten sind, tauchen einige der Divergenzen, die in der Folge die Geschichte des Neoliberalismus prägen werden, schon jetzt auf: der Gegensatz zwischen der deutschen ›sozialen Marktwirtschaft‹ und dem radikalen Neoliberalismus und die Opposition zwischen der vollständigen Befürwortung des staatlichen Interventionismus und dem nostalgischen Festhalten an der Laissez-faire-Politik. Gleichwohl finden sich die Symposiumsteilnehmer im Kompromiss, einen doppelten Bruch zur Geschichte des wirtschaftlichen Liberalismus zu vollziehen: Sie einigen sich, einen neuen Liberalismus zu fördern, der Regierungsprogramme begründen kann, und eine internationale Bewegung gegen die Planwirtschaft ins Leben zu rufen.

Das Symposium Lippmann definiert den Neoliberalismus als Wirtschaftspolitik. Es bezweckt nicht, den klassischen Liberalismus zu verteidigen, sondern zielt vielmehr darauf ab, einen liberalen Staat aufzubauen. Um die Lehre zusammenzufassen, verwendet einer der Teilnehmer eine Automobil-Metapher: »(Neo)liberal zu sein, heisst nicht, wie der ›Manchesterianer‹ die Autos in alle Richtungen frei zirkulieren zu lassen, nach ihrem eigenen Gutdünken, woraus sich unentwegt Staus und Unfälle ergeben würden; es heisst nicht, wie der ›Planwirtschaftler‹ jedem Auto seine Abfahrtszeit und seinen Weg vorzuschreiben; es bedeutet, ein Verkehrsgesetz durchzusetzen, das zu Zeiten beschleunigten Transports nicht zwingend dasselbe ist wie zu Zeiten der Postkutsche.«¹⁴ Dieses Sinnbild, das später oft zitiert wird, ist stark mit Bedeutung aufgeladen. Es geht von der Wiedereinführung der Marktordnung in die institutionellen und historischen Strukturen aus (der Markt ist nicht natürlich); es definiert das Interventionsmuster, das einer liberalen Wirtschaftspolitik entspricht: der Staat legt den juristischen Rahmen fest, innerhalb dessen die Konkurrenz sich entfaltet, und passt ihn entsprechend den wirtschaftlichen und sozialen Wandlungstendenzen an. Ferner zeigt das Sinnbild das Wesen des neoliberalen Staates an: er ist ein Regulator von Konflikten, der sich im Bereich der Produktion und des Tausches zurückhält, aber bereit ist, über das Recht und die Justiz Verhaltensabweichungen zu sanktionieren.

Das Symposium Lippmann hat den Aufbau einer internationalen Bewegung gefördert und in Frankreich zur Schaffung des Centre international d'études pour la rénovation du libéralisme im März 1939 geführt. Als Gelehrtenesellschaft und Aktivistengruppe sticht dieser Verband im

politischen Universum Frankreichs insofern heraus, als er Menschen zusammenbringt, die sich in verschiedener Hinsicht unterscheiden: Wirtschaftswissenschaftler, Geschäftsmänner, hohe Verwaltungsbeamte und sogar einige Gewerkschafter mit reformistischer Tendenz. Obwohl dieser Club mit dem Eintritt Frankreichs in den Krieg verschwindet, diente er als Vorbild für die Mont Pèlerin Society, der ab 1947 wichtigsten Hochburg der internationalen Erneuerung des Liberalismus.¹⁵

Den Staat in Frankreich erobern

Um zu verstehen, weshalb der ›Grosse Sprung rückwärts‹¹⁶ auch in Frankreich möglich wurde, ist es nötig, den Wandel der internen (politischen und institutionellen) Kräfteverhältnisse und die internationale Dynamik über grössere Zeiträume zu betrachten. Die neoliberalen Ideen werden in Frankreich vor dem Hintergrund der grossen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise Ende der 1930er-Jahre und in Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Universität entwickelt. Nach einem kurzen Erfolg (Regierung Daladier, 1938–1940) gibt es während mehrerer Jahre im französischen politischen Feld keinen Platz für den Neoliberalismus. Im Zweiten Weltkrieg treffen die Anhänger des Neoliberalismus Entscheidungen, die sie manchmal unwiderruflich voneinander trennen. Einige von ihnen gehen in die Résistance oder folgen der Exilregierung nach London, andere spielen eine wichtige Rolle im Vichy-Regime, eine Minderheit beschliesst, sich nicht zu engagieren oder ins Exil zu gehen. Die Befreiung vom Naziregime (Libération) hat zwei widersprüchliche Effekte auf die Geschichte des französischen Neoliberalismus: Sie besiegelt seine institutionelle Niederlage, ermöglicht ihm aber zugleich, durch die Neuordnung, die sie hervorruft, einen neuen Aufschwung zu nehmen.

Beim Ausgang des zweiten Weltkriegs erhalten die Behörden die Befugnis, das Wachstum zu ordnen, die wirtschaftlichen Aktivitäten zu regulieren und die produzierten Reichtümer zu verteilen. Zwischen 1944 und 1946 verwandelt sich Frankreich in ein soziales Experimentierfeld. Man erprobt neue Institutionen, überdenkt die Produktionsweisen und führt die soziale Sicherheit ein. Die Neoliberalen stehen bei ihrem Neustart vor ernsthaften Hindernissen. Die Schaffung neuer Instrumente der Wirtschaftsintervention bietet den staatlichen Führungskräften die Möglichkeit, Elemente der von ihnen angestrebten rationalisierten Wirtschaft einzuführen. Die Meinung der Arbeitgeber, die allen Übels beschuldigt werden – eingeschlossen der Bereicherung während der deutschen Besatzung –, hat dabei kein Gewicht.

Eine neoliberale Opposition baut sich dennoch unverzüglich auf. 1947

entsteht die Association de la libre entreprise, welche die Leiter verschiedener Unternehmerverbände versammelt. In der politischen Welt machen sich die Kräfte von Mitte-Links und Mitte-Rechts zu grossen Fürsprechern einer Rückkehr zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Ihre Forderungen werden von der Presse, von Le Monde und Le Figaro, verbreitet. Mit dem Einsetzen des kalten Krieges verändern sich die Kräfteverhältnisse. Während Frankreich für dirigistische Strukturen optiert hat, kommen die Liberalen an die Macht zurück, die das Ziel verfolgen, ein Wirtschaftswachstum über Stabilität zu erreichen und die Sowjetunion zu bekämpfen. Die Kommunisten und Sozialisten, die den staatlichen Interventionismus am stärksten befürworten, sind nicht mehr in der Regierung. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik Ende der 1940er-Jahre ist gekennzeichnet vom Bemühen, ein ausgeglichenes Budget zu erzielen, dem Kampf gegen die Inflation und die Versuche, die Preise zu liberalisieren. Aus der Sicht eines der Lehre treuen Neoliberalen sind diese Massnahmen natürlich zu zaghaft. Henri Queuille, Edgar Faure oder Antoine Pinay werden dennoch von einer Form des Neoliberalismus inspiriert. Sie versuchen, durch staatliche Interventionspolitik wieder Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Die liberale Wende der 4. Republik ist übrigens nicht allein das Werk der Mitte-Rechts-Kräfte. Selbst die Wirtschaftspolitik der Regierung Mendès France besitzt Analogien zur Lehre, die im Rahmen des Symposiums Lippmann präsentiert worden ist.¹⁷ Zwischen 1940 und 1950 ist Frankreich geprägt von der Unfähigkeit der Politik, die Wirtschaft zu liberalisieren. Die Bemühungen der Regierungen, das freie Spiel des Marktes wieder herzustellen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland zu fördern, werden unentwegt von den dirigistischen Wirtschaftsstrukturen und der chronischen politischen Instabilität unterlaufen. Es ist unmöglich, den Wohlfahrtsstaat in Frage zu stellen, der als Resultat jahrelanger Forderungen und institutioneller Versuche während der Libération entstand. Diese Diskrepanz löst sich während der 5. Republik schrittweise auf.

Das Jahr 1958 stellt einen Wendepunkt dar. General de Gaulle, der nicht resolut liberal ist, lässt sich von Jacques Rueff überzeugen, eine Schocktherapie zu beginnen. Das ist der Ursprung des Plans Pinay-Rueff von Dezember 1958, der per Dekret unmittelbar umgesetzt wird. Er sieht Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen, die Entwertung der Währung und die Öffnung der Grenzen gegenüber dem internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb vor¹⁸. Der Plan löst eine Reformdynamik aus. Im Sommer 1959 versucht Rueff weiter zu gehen. Seine Idee ist sehr einfach. So, wie es die Linke zwischen 1944 und 1946 verstand, ihre Strukturreformen – etwa Verstaatlichungen oder die Eta-

blierung der sozialen Sicherheit – durchzusetzen, so sollte nun auch die Rechte ihre Strukturreformen durchführen. Mit diesem Ziel wird im November 1959 das Comité Armand-Rueff ins Leben gerufen¹⁹. Das Komitee erstellt einen Bericht mit einem Inventar von Berufen, denen »Starrheit« vorgeworfen wird: Bäcker, Notare, Apotheker, Taxichauffeure. Das technokratische Denken sieht in ihnen Symbole des »Archaismus«, Wahrzeichen jenes Frankreichs, das sich auf seine Privilegien stützt.²⁰ Der Bericht Armand-Rueff hat unmittelbar kaum Wirkung. Er ist jedoch der erste einer langen Reihe von öffentlichen Berichten, die zu einer teilweisen Liberalisierung der Wirtschaft aufrufen. In diesem Fahrwasser stehen der Bericht Nora über die Staatsunternehmen (1967), derjenige von Montjoie über die industrielle Entwicklung (1968) und jener von Marjolin-Sadrin-Wormser über den Währungsmarkt und die Kreditbedingungen (1969). Die Herausbildung der 5. Republik hat auf der Basis des europäischen Aufbaus eine kaum vorstellbare Allianz zwischen dem Gaullismus und dem Liberalismus geschmiedet. Der Nachfolger von General de Gaulle, Georges Pompidou, erkennt schon 1969: »Wenn man den internationalen Liberalismus gewählt hat, dann muss man auch für den internen Liberalismus optieren. Der Staat soll also seinen Einfluss auf die Wirtschaft verringern, statt zu versuchen, sie zu lenken und zu kontrollieren.«²¹

Mit der Amtszeit von Valéry Giscard d'Estaing (1974–1981) wird ein weiterer Schritt getan. Zum ersten Mal seit den Anfängen der 5. Republik kommt die politische Macht einem Präsidenten und einem Premierminister (Raymond Barre, 1976–1981) zu, deren intellektueller Horizont der Neoliberalismus bildet. Der erste hält »das neoliberale Denken« für »die gelehrteste Form des zeitgenössischen wirtschaftlichen Denkens«²², der zweite hat Hayek übersetzt und liebt es, sich auf die Lehrprinzipien des deutschen Ordo-Liberalismus zu berufen. Es liegt auf der Hand, dass die Regierung sich längerfristig eher um die Währungsstabilität als um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kümmert. Einige Massnahmen, die zu dieser Zeit angenommen wurden, zeigen diese politische Umorientierung deutlich: schrittweise Liberalisierung der Preise in der Industrie, Suche nach höherer Rentabilität der Staatsunternehmen, Unterstützung beim Sparen und beim Erwerb von individuellem Eigentum. Der wirtschaftliche Misserfolg des Tandems Giscard-Barre ist jedoch bemerkenswert.

Den entscheidenden Wendepunkt bildet die Übergabe der politischen Macht an die sozialistische Regierung im Jahr 1981. Sie drängt die Rechte dazu, sich ein neues politisches Projekt aufzubauen, das einerseits den Sozialismus, andererseits die – als zu zögerlich empfundene – Erfahrung

Barre zurückweist. Es ist die Epoche des ›doppelten Bruchs‹: »Bruch mit den widersprüchlichen und gleichsam gefährlichen Politiken, welche (...) die sozialistisch-kommunistische Regierung betreibt. Aber auch ein Bruch mit der mehr oder weniger gewollten, mehr oder weniger erduldeten Entwicklung der 1970er-Jahre, die uns zu einer kaum verborgenen Form der Verstaatlichung der Wirtschaft und der französischen Gesellschaft geführt hat«, wie es Jacques Chirac zusammenfasst.²³ Bis dahin war der Neoliberalismus in Frankreich eine Verwaltungspraxis. Nun transformiert er sich zu einer herrschenden Ideologie, die zunehmend auch das intellektuelle Feld einnimmt.

Die internationale Konjunktur bietet sich dazu an: Niedergang der Sowjetunion einerseits und Vorherrschaft des Reaganismus und Thatcherismus andererseits. In die Opposition zurückgeworfen, vollzieht die Rechte eine vollständige Erneuerung, indem sie sich der intellektuellen ›Komplexe‹ gegenüber der Linken entledigt. Sie setzt sich zum Ziel, – einmal zurück an der Macht – zu entnationalisieren, deregulieren und zu privatisieren. Als ab 1983 die sozialistische Linke ihre Strategie des Bruchs mit dem Kapitalismus fallen lässt²⁴, triumphiert der Neoliberalismus uneingeschränkt, selbst wenn er sich aus taktischen Erfordernissen einmal eher verwaltend und einmal eher doktrinär gebärdet.²⁵ Der Neoliberalismus ist die offizielle Ideologie der Rechten und eines Teils der Linken. Er ist zugleich eine Regierungskunst, welche die Rechte und die Linke vereint.

Der europäische Imperativ

Diese Dynamik wäre selbstverständlich nicht ohne den Prozess der europäischen Integration möglich gewesen, der den Neoliberalismus in Europa institutionalisiert hat. Weshalb hat die sozialistische Regierung im Jahr 1983 ihre Reformpolitik aufgegeben? Um im europäischen monetären System zu bleiben. Für Frankreich wie für seine Nachbarländer spielt die Europäische Union eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Neoliberalismus als Regierungspraktik. Das Projekt Europa ist von Anfang an als Markt konzipiert worden: Die Europäische Kohle- und Eisengemeinschaft im Jahr 1951, dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Der einende europäische Akt von 1986 hat die Liberalisierung des Handels vollendet. Der Maastrichter Vertrag von 1992 hat die Konvergenzkriterien etabliert, die zur Wirtschafts- und Währungsunion führen. Freie Zirkulation der Güter, der Personen, der Dienste und der Kapitalien, so könnte die europäische Devise charakterisiert werden.

Der gemeinsame Markt ist vor allem ein Instrument zur Liberalisierung der nationalen Ökonomien. Das ist jedenfalls die Überzeugung von

Jacques Rueff, des berühmtesten der liberalen Wirtschaftswissenschaftler Frankreichs in der Nachkriegszeit. Anfang des Jahres 1958 erhellte die mit europäischen Organisationen vertraute staatliche Führungskraft die Besonderheit des Vertrags in einem prophetischen Artikel²⁶. Das Neue liege nicht im Ziel der Liberalisierung des Handels, erklärte Rueff, sondern in den gewählten Mitteln, um dieses Ziel zu erreichen. Es gehe um einen schrittweisen Aufbau Europas, der die Disparitäten zwischen nationalen Ökonomien zum Verschwinden bringe, und um die Schaffung »gemeinsamer Institutionen, die ein für allemal mit klar umrissenen Kompetenzen ausgestattet sind. (Ihnen kommt) die Aufgabe (zu), den gemeinsamen Markt zu schaffen und ihn zu verteidigen gegen diejenigen Unternehmen, die versuchen, die Vorschriften zu umgehen.« Der Vertrag von Rom, der Europa als einen »institutionellen Markt« einrichte und die Instrumente zu seinem Schutz bereitstelle, sei insofern der »Endpunkt und (...) (die) Krönung der Bemühung um die Renovation der liberalen Ideen«, die zwanzig Jahre früher eingeleitet worden seien.

Eine der wesentlichen Konsequenzen der Integration Frankreichs in den gemeinsamen Markt ist, den Niedergang der Planwirtschaft und des mit ihr verbundenen öffentlichen Verwaltungsmodus, die »konzertierte Wirtschaft«, herbeigeführt zu haben: die Zerstörung des Dialogs zwischen Unternehmensführern, Gewerkschaftlern und staatlichen Führungskräften im Rahmen der Modernisierungskommissionen.²⁷ Die Wettbewerbspolitik, Liebling der deutschen Liberalen, erschwert die Staatsaktivität, sowohl was die den Unternehmen zugestandenen Hilfen anbelangt als auch die industriellen Entscheidungen (die Umsetzung der europäischen Gesetzgebung wird allerdings nur schrittweise vor sich gehen).²⁸ Die freie Zirkulation von Menschen und von Kapitalien »zwingt die französischen staatlichen Führungskräfte, gewisse Interventionen zu begrenzen, die den Einsatz von Produktionsfaktoren zu hemmen drohen«.²⁹ Die Öffnung der Grenzen bringt die Wirtschaftspolitik dazu, sich auf kurze Fristen zu fokussieren: Die Aufmerksamkeit der Behörden richtet sich nur noch auf den Ausgleich der Handelsbilanz, den Kampf gegen die Inflation und für die Stabilität der Wechselkurse. Dadurch wird es schwierig, eine expansive Budget- und Währungspolitik durchzuführen – umso mehr, als die Marktgemeinschaft eine Konvergenz der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen bringt, die für Frankreich mit der Anpassung an das liberale Deutschland einhergeht. Dieses zentrale Element kann nicht genug betont werden: Der Neoliberalismus wird zum intellektuellen Rahmen für den Aufbau des europäischen Projektes, da er nach dem zweiten Weltkrieg die offizielle Wirtschaftsideologie der Bundesrepublik Deutschland darstellt.³⁰ Letztere weiss ihren eu-

europäischen Partnern ihre Sichtweise aufzuzwingen, angefangen bei Frankreich.

Die neoliberale Dimension der europäischen Konstruktion hat sich seither nur weiter verstärkt. Der Staat hat mit den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags und dem späteren Stabilitäts- und Wachstumspakt die letzten Handlungsspielräume in Sachen Budgetpolitik verloren. Mit der Einführung des Euro hat er auf seine Währungssouveränität verzichtet. Es ist die Europäische Zentralbank, die alle Macht konzentriert, und ihr Leitmotiv ist klar: Gegen die Inflation kämpfen und eine starke Währung verteidigen. Die Europäische Union hat so schrittweise die Staaten ihres wirtschaftlichen Kompetenzbereichs enteignet. Und sie wacht über die Fortdauer dieses Systems. »Ich verteidige den Freihandel hier bis zu meinem letzten Atemzug«, erklärte erst kürzlich der europäische Kommissar für den Aussenhandel, Peter Mandelson.³¹

Neoliberalismus à la Sarkozy

Was ist der Neoliberalismus nun eigentlich? Es ist ein Liberalismus der Regierung, der die staatliche Intervention eher neu ausrichtet als abschafft. Auf offensive Art versucht er, die regulativen und korporativen rechtlichen Wettbewerbshindernisse zu beseitigen und den Staat aus dem produktiven Sektor zurückzunehmen. Auf pragmatische Weise schafft der Neoliberalismus einen legalen Rahmen, der den Markt begünstigt, die private Initiative dort ersetzt, wo sie sich als verlustträchtig erweist, der zur industriellen Konzentration anhält oder diese bei Bedarf bremst. Parallel dazu vertraut er dem Staat die Aufgabe an, das Recht entsprechend den wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen, Wirtschaftskriminalität zu sanktionieren und den am stärksten Unterprivilegierten zu Hilfe zu eilen. Ohne dies würden Krisen grosser Tragweite das Gesamtsystem in einen prekären Zustand versetzen.

Seit der Wahl von Nicolas Sarkozy zum Präsidenten der französischen Republik im Mai 2007 ist die Regierung mehr als ihre Vorgängerin von der neoliberalen Inspiration erfüllt. Der Präsident aktualisierte sogar einen der grossen Versuche des französischen Neoliberalismus, das Comité Armand-Rueff aus den Anfängen der 5. Republik, als er im August 2007 die Commission pour la Libération de la Croissance française ins Leben rief. Präsiert durch Jacques Attali, Absolvent der Ecole Polytechnique, genügt es ihr, sich auf das gleichnamige Komitee von 1959 zu berufen, um – wie schon dieses – zu versprechen, »die Hindernisse für das Wirtschaftswachstum« zu beseitigen. Wie Anfang der 1960er-Jahre geht es darum, zwischen grossen Wirtschaftsführern, staatlichen Führungskräften, Journalisten und Professoren einen Konsens zu stiften; zwischen

Menschen aus verschiedenen Milieus und mit höchstwahrscheinlich auch unterschiedlichen Meinungen. Wie anfangs der 5. Republik, erlaubt diese Art von Kommission, Versuchsballons zu lancieren, ohne die Hände der Macht zu kompromittieren. Das erlaubt, die Politik ganz den von ihr hervorgerufenen Reaktionen in den Medien und im Parlament anzupassen. Die politischen Grundlagen der französischen Regierung, die aus unaufhörlichen öffentlichen Ankündigungen und vielfältigen medial inszenierten Aktionen besteht, werden besser verständlich, wenn man sie als neoliberal auffasst.

Der Neoliberalismus zeigt sich einerseits konservativ, wenn er sich darum bemüht, den Sozialstaat und die sozialen Rechte zu verringern. Die Behörde privatisiert, dereguliert und regelt das Arbeitsrecht neu. Andererseits legt der Neoliberalismus eine ›pragmatische‹ Seite an den Tag. Nicolas Sarkozy spricht von einer ›Zivilisationspolitik‹, ähnlich wie die deutschen Theoretiker der ›sozialen Marktwirtschaft‹ davon sprachen, eine Gesellschaftspolitik zu betreiben. Bei Sarkozy besteht diese Politik darin, die Einzelnen zur ›Verantwortung‹ zu (er)ziehen beziehungsweise sie unter Verdacht zu stellen (die Einrichtung einer Gesundheitsfranchise); die glücklichen Gewinner des ökonomischen Kriegs zu belohnen (die Steuererleichterungen für die Reichen) und das Konkurrenzprinzip in Sektoren einführen, in denen es traditionell ausgeschlossen war (z. B. die Reformen in Forschung und Lehre). Der Neoliberalismus besitzt stets diese beiden Seiten: die ›offensive‹, die darauf abzielt, den Staat zurückzustutzen, und die ›pragmatische‹, die bezweckt, die Rahmenbedingungen für den Markt sicherzustellen. Eine der Besonderheiten der französischen Geschichte des Neoliberalismus besteht darin, dass die Wirtschaftsliberalisierung und die Integration in den europäischen Markt während vier Jahrzehnten die Existenz der von der Libération geerbten Institutionen und des breiten öffentlichen Sektors nicht gefährdeten. Seit der wirtschaftlichen Krise Mitte der 1970er-Jahre fallen jedoch auch diese Institutionen zusehends der neoliberalen Regierungskunst zum Opfer. Der Neoliberalismus hat seine ersten Schritte in Frankreich gemacht. Auch wenn der Samen lange brauchte, um hier auszukeimen, so ist seine Pflanze heute in voller Blüte.

Übersetzung: Michael Gemperle